



über

Herrn
Oberbürgermeister Dr. Müller

an

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin Thiels

W-29/3

Der Magistrat

Dezernat für Wirtschaft,
Personal und Kliniken

Stadtrat Detlev Bendel

23. März 2009

HSK als kommunales Krankenhaus erhalten

Beschluss-Nr. 0083 vom 12. Februar 2009, Antrags-Nr. 09-F-01-0014

Beschlusstext:

Der Magistrat wird ferner gebeten zu berichten,

- welche Schritte bisher unternommen wurden, um die Vereinbarung mit der Gewerkschaft ver.di zu schließen?
- wann mit einer solchen Vereinbarung zu rechnen ist?
- warum das genannte Grundstück nicht fristgerecht eingebracht wurde?
- ob es zutrifft, dass anstelle eines Grundstücks die Übernahme von Pensionsrückstellungen für HSK-Mitarbeiter in Höhe von ca. 7 Mio. Euro vorgesehen ist?
- ob die Vertragspartner der beiden Landesbezirkstarifverträge diese Übernahme als adäquaten Ersatz für ein Grundstück betrachten?

Berichtstext:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.02.2008, der den Magistrat ermächtigt, eine Vereinbarung mit der Gewerkschaft ver.di zu schließen, in der sich die Landeshauptstadt Wiesbaden zum Erhalt der öffentlichen Trägerschaft über die Laufzeit des Sanierungstarifvertrages hinaus verpflichtet, sollte im Zuge der endgültigen Regelung zur Erhöhung des Eigenkapitals der HSK umgesetzt werden. Diese Vereinbarung sollte nicht nur zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Gewerkschaft ver.di geschlossen werden, sondern zugleich auch auf die Gewerkschaft dbb-tarifunion und den Marburger Bund ausgeweitet werden.

Eine Aussage zu dem Zeitpunkt, zu dem eine solche Vereinbarung unterzeichnet wird, ist auch davon abhängig, ob und in welchem Umfang die Gewerkschaften sich auf eine Veränderung des Tarifvertrages bezüglich des Punktes der Erhöhung des Eigenkapitals einlassen. Bezüglich der Einbringung eines Grundstückes bot sich zwischenzeitlich als bessere Alternative die Übernahme von Pensionsrückstellungen für HSK-Mitarbeiter in Höhe von ca. 7 Mio. EUR an. Diese Maßnahme ist schneller zu realisieren und verursacht keine Transaktionskosten.

Es ist richtig, dass die HSK-Geschäftsführung mit der Gewerkschaft darüber verhandelt, inwieweit die Übernahme der Pensionszahlungen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden einen Wert von ca. 7 Mio. EUR darstellt, und durch diese Übernahme seitens der Stadt Wiesbaden ein erheblicher Beitrag zur Verbesserung der Eigenkapitalsituation der HSK geleistet wird. Hierzu bedarf es einer abschließenden Stellungnahme der Gewerkschaften, um eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und der HSK zu erzielen.

Insofern konnte der Magistrat den Beschluss vom 14.02.2008 noch nicht umsetzen.

Die nächsten Gespräche der Paritätischen Kommission (bestehend aus ver.di, Marburger Bund einerseits und dem Kommunalen Arbeitgeberverband und der Geschäftsführung der HSK) sind für den 30.03.2009 geplant. Der Termin mit dem dbb befindet sich derzeit in Abstimmung. Es bleibt daher der Ausgang dieser Gespräche abzuwarten.

Anschließend werden auf dieser Basis konkrete Vereinbarungen und Verträge zur Beschlussfassung vorgelegt.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'UWA' followed by a long, sweeping flourish.